

Nachhaltiger Aufschwung überrascht Experten

Arbeitsmarkt unter Rekordverdacht

Im März waren so wenige Menschen ohne Arbeit wie seit 1992 nicht mehr. Doch damit nicht genug: Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) stellte einen Rekord auf und vermittelte 2010 knapp eine Million Langzeitarbeitslose. Unterdessen plant die christlich-liberale Koalition weitere Effizienzsteigerungen bei der BA.

Der deutsche Arbeitsmarkt bricht alle Rekorde. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) nun mitteilte, brachte sie im vergangenen Jahr so viele Menschen in Arbeit wie noch nie seit Einführung der Hartz-Reformen. Fast eine Million Langzeitarbeitslose traten eine neue Stelle an. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um mehr als 180.000 gelungene Vermittlungen. Mit den ehemaligen Arbeitslosen profitieren auch Millionen von Angehörigen vom neuen Wachstum in Deutschland. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr nur noch 784.000 Langzeitarbeitslose; nach dem Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung lag diese Zahl noch bei 1,25 Millionen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im selben Zeitraum noch stärker zurückgegangen. Experten sind von dieser Entwicklung überrascht; immerhin sei zwischenzeitlich die schwerste Wirtschaftskrise seit drei Generationen zu bewältigen gewesen. Das Ausland spricht von einem „zweiten deutschen Wirtschaftswunder“. Das entschlossene Handeln der unionsgeführten Bundesregierung in der Krise hat somit gewirkt; vor allem der milliardenschwere „Schutzschirm für Arbeitnehmer“ erwies sich als hilfreich.

Erst kürzlich war ein anderer Arbeitsmarkt-Rekord bekannt geworden: Zum Jahreswechsel 2010/11 gab es in Deutschland so viele Beschäftigte wie noch nie in der Geschichte. Wie die jüngsten Daten der BA belegen, hält diese positive Tendenz auch weiter an. So ging die Zahl der Arbeitslosen im

vergangenen Monat nochmals um 102.000 zurück. Einen niedrigeren Stand der Arbeitslosigkeit hatte es zuletzt 1992 gegeben. Mit 3,21 Millionen Erwerbssuchenden sind außerdem deutlich weniger Menschen ohne Job als im März nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte von Rot-Grün. Damals waren 5,27 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote liegt nur noch bei 7,6 Prozent.

So durchgreifend diese Erfolge auch sind – die christlich-liberale Koalition gibt sich damit nicht zufrieden. Am Dienstagabend einigten sich die Spitzen von Union und FDP daher im Grundsatz auf weitere Reformen der BA. Ziel der unionsgeführten Bundesregierung ist dabei die weitere Steigerung der Effizienz bei der Vermittlung von Arbeitslosen. In diesem Zusammenhang plant die Koalition eine Evaluation der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente, auf deren Grundlage der Änderungsbedarf festgestellt werden soll. Die effizientere BA soll Erwerbssuchende nicht nur schneller in Arbeit bringen, sondern auch Kosten einsparen. Die Koalition rechnet hierbei mit einem Einsparpotenzial von bis zu 2,5 Milliarden Euro.

Der bayerische Arbeitsmarkt entwickelt sich währenddessen weiter überdurchschnittlich gut. Im März ging die Erwerbslosenquote auf 4,3 Prozent zurück; das Ziel der Vollbeschäftigung ist somit in Sichtweite. In sämtlichen Regierungsbezirken liegt die Quote deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

**Schutzschirme
haben gewirkt**

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Dr. Philipp Rösler ist einer der angesehensten Politiker der FDP. Der Niedersachsen blickt schon in jungen Jahren auf wichtige politische Erfolge zurück. Er wird seit langem für seine offene und verbindliche Art der Politikgestaltung geschätzt. Bereits mit 35 Jahren wurde er zum Wirtschaftsminister Niedersachsens und Stellvertreter des damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatsoberhauptes Christian Wulff berufen. Als Gesundheitsminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel setzte Rösler 2010 eine Gesundheitsreform mit Augenmaß durch: So verhinderte er das drohende Milliardendefizit der Kassen, ohne die Leistungen für die Patienten zu kürzen.



Nach den enttäuschenden Wahlergebnissen für die FDP in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben sich viele Erwartungen auf Rösler gerichtet. Die mageren Resultate haben in allen Ländern je eigene Hintergründe. Außenminister Dr. Guido Westerwelle übernimmt Verantwortung und ermöglicht einen Neuanfang bei den Liberalen. Minister Rösler hat sich nicht nach vorne gedrängt. Doch als die Partei signalisierte, dass sie ihn brauche, kniff der gelernte Mediziner nicht.

Seit zwei Jahrzehnten prägt Guido Westerwelle den Kurs der Liberalen entscheidend mit. Als FDP-Generalsekretär zählte er ab 1994 zum engsten Kreis der letzten Regierung Helmut Kohls. Das Wiedererstarken der Liberalen nach dem harten Gang in die Opposition wird immer mit Westerwelles Namen verbunden bleiben. Heute verkörpert er – etwa durch seinen Einsatz für den friedlichen Machtübergang in Tunesien und Ägypten – die wertgebundene Politik der christlich-liberalen Koalition.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Geis MdB

Sicherheit im digitalen Zeitalter

Rote Karte für Kinderpornographie

Die Löschung kinderpornografischer Inhalte im Internet funktioniert besser als ursprünglich erwartet. Vor diesem Hintergrund einigte sich die christlich-liberale Koalition auf ein neues Konzept zur Beseitigung kinderpornografischer Internetseiten.

Internetseiten mit kinderpornographischem Inhalt werden künftig gelöscht. Darauf einigte sich der Koalitionsausschuss am Dienstagabend in Berlin. Bereits das geltende Gesetz gab dem Löschen den Vorrang, sah aber auch die Möglichkeit von Sperren vor. Im Koalitionsvertrag war daher vereinbart worden, dass eine endgültige Entscheidung nach einer einjährigen Evaluierungsfrist getroffen werden sollte. Das Ergebnis dieser Untersuchungen machte deutlich, dass die bisher praktizierte Löschung entsprechender Seiten in vielen Fällen zum Erfolg führt.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich würdigte die Entscheidung des Koalitionsausschusses für

einen Vorrang des Löschens: „Wir haben als Union eine Gegenleistung



Die christlich-liberale Koalition geht entschieden gegen Kinderpornographie im Internet vor. Die Erfahrung zeigt: Die Löschung entsprechender Seiten wirkt.

bekommen, die sich sehen lassen kann – nämlich die sogenannte Visa-Warndatei, die, glaube ich, für die

Sicherheit unseres Landes von großer Bedeutung ist.“ Man nehme mit der Entscheidung gegen Internetsperren außerdem auch die Besorgnis der Internetgemeinde auf, die einen Aufbau von Strukturen befürchtete, die auch für Zensur genutzt werden könnten.

Fest steht, dass das Netz auf Dauer nur dann Sicherheit für alle Nutzer bietet, wenn auch dort bestimmte Regeln gelten. Dabei geht es nicht um Zensur, sondern um Wahrheit und Klarheit. Minister Friedrich unterstreicht: „All‘ diese Regeln werden wir gemeinsam erarbeiten und finden müssen. Es geht nicht um Bevormundung, sondern es geht um klare Regeln, und zwar auch im Interesse der Nutzer.“

Diese Woche

Nachhaltiger Aufschwung überrascht Experten Arbeitsmarkt unter Rekordverdacht	1
Sicherheit im digitalen Zeitalter Rote Karte für Kinderpornographie	2
Hinsken leitet Ausschuss – Stefan Müller vermittelt Volle Kraft für die deutsche Wirtschaft	2
Brückentechnologie Kernkraft auf dem Prüfstand Koalition treibt Umstieg voran	3
Feuerwehrführerschein Ehrenamt zahlt sich aus	4
Gesundheitsforschung Die Forschung ans Bett des Patienten bringen	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Hinsken leitet Ausschuss – Stefan Müller vermittelt

Volle Kraft für die deutsche Wirtschaft

Ein überzeugter Kämpfer für die Anliegen kleiner und mittlerer Unternehmen steigt im Bundestag zum ersten Wirtschaftspolitiker auf: Der Christsoziale Ernst Hinsken leitet den zuständigen Ausschuss.

Seit vielen Jahrzehnten kämpft Ernst Hinsken für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen. Immerhin ist der 68-jährige Straubinger selbst gelernter Bäckermeister und Konditor. Seit 1980, als er in den Deutschen Bundestag einzog, hat sich Hinsken viele Verdienste als Mittelstandspolitiker erworben. Dabei lag es ihm immer am Herzen, bürgernahe Politik zu betreiben. Dies machte ihn zu einem überzeugenden Kandidaten als neuen Vorsitzenden für den Wirtschaftsausschuss des Bundestages.

Nachdem Eduard Oswald zum Vizepräsidenten des Parlaments gewählt worden war, bewarb er sich. Hinsken war im Wirtschaftsausschuss kein Unbekannter – im Gegenteil: Seit Jahren arbeitet er dort engagiert mit; so war er wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe und zuständig Obmann der CDU/CSU-

Fraktion. Seit 2009 ist er außerdem Vorsitzender im Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ und hat sich gerade hier immer wieder mit großem Erfolg für die Entwicklung des ländlichen Raums eingesetzt. Die wichtigsten Ziele für seine Arbeit als Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie hat Hinsken klar vor Augen: „Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, Kreditklemmen abwenden, die Energiewende gestalten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten. Außerdem ist es mir wichtig, die freien Berufe zu stärken.“

Unterdessen wurde Stefan Müller als Mitglied des Vermittlungsausschusses vorgeschlagen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe soll in dieser Funktion auf Dr. Hans-Peter Friedrich folgen. Das Gremium schlichtet in wichtigen Gesetzgebungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat.

Brückentechnologie Kernkraft auf dem Prüfstand

Koalition treibt Umstieg voran

Union und FDP arbeiten an einem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Eine gute Basis bildet dabei das Energiekonzept der Bundesregierung vom vergangenen Herbst. Damit legte die christlich-liberale Koalition klare Schwerpunkte auf die Erneuerbaren Energien und einen Ausbau der Kraftwerks-Sicherheit.

Die christlich-liberale Bundesregierung bleibt bei ihrem Bekenntnis zu einem raschen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Bereits im Wahlkampf 2009 hatten CDU und CSU die Kernenergie als „Brückentechnologie“ bezeichnet; ein klares Ende der Nutzung war stets absehbar. Von diesem Geist ist auch das Energiekonzept der Bundesregierung geprägt, das im vergangenen Herbst vorgelegt wurde. Das Konzept zeigte erstmals klare Wege zu einer Ablösung der herkömmlichen Energieerzeugung auf. Die Ziele Klimaschutz, Energiekosten und Versorgungssicherheit fanden angemessene Berücksichtigung. Gleichzeitig unterstrich die Regierung in ihrem Energiekonzept, dass zwischenzeitliche Laufzeitverlängerungen von Kraftwerken nur nach millionenschweren Investitionen in ihre Sicherheit genehmigt werden könnten. Im unter Gerhard Schröder geschlossenen Vertrag zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und den vier großen Energiekonzernen waren die Unternehmen von solchen Auflagen verschont geblieben.

So visionär das Konzept auch war, so klar sich Union und FDP auch zu einem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien ausgesprochen haben – es ist unbestritten, dass nach den schrecklichen Ereignissen der letzten Wochen in Japan nichts mehr ist wie zuvor. Denn durch die verheerenden Folgen der dortigen Naturkatastrophen wurde deutlich: Die Risiken der Kernenergie müssen neu überprüft und bewertet werden. Auch wenn eine solche Naturkatastrophe in Deutschland ausgeschlossen ist und die deutschen Kraftwerke hohe Sicherheitsstandards erfüllen, ist zu prüfen, welche Lehren aus den Ereignissen in Japan zu ziehen sind. Um Zeit für diese Prüfung und die Erarbeitung der notwendigen Sicherheitsauflagen zu schaffen, hat

die unionsgeführte Bundesregierung ein Moratorium von drei Monaten be-



Die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands steht im Mittelpunkt der Arbeit einer neuen Kommission der Koalitionsfraktionen im Bundestag. Die hochrangige Arbeitsgruppe wird von den Fraktionschefs Volker Kauder (CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Gerda Hasselfeldt (CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag) und Birgit Homburger (FDP-Bundestagsfraktion) geleitet. Unter ihrer Führung werden Fachpolitiker aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Energie gemeinsam Wege zu einem verantwortungsbewussten Gesamtkonzept mit einem beschleunigten Umstieg auf die Erneuerbaren Energien erarbeiten. Sie werden dabei auf den Arbeitsergebnissen anderer Expertengruppen zu diesem Thema aufbauen. Neben Frau Hasselfeldt gehören der Runde zwei weitere Christsoziale an: Der Umweltpolitiker Dr. Christian Ruck und der Wirtschafts- und Energieexperte Dr. Georg Nüßlein (v.l.n.r.).

geschlossen und acht ältere Kernkraftwerke vorsorglich bis auf Weiteres vom Netz genommen.

Für einen gelungenen Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien ist vor allem Klarheit bei der Durchsetzung wichtiger Infrastruktur-Projekte gefragt. Die bereits installierten Wind- und Solarkraftwerke könnten nämlich deutlich effizienter eingesetzt werden. Der von ihnen erzeugte Strom ist unter den aktuellen Bedingungen jedoch schwer zu transportieren. Daher will Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Länderchefs zu einem klaren Bekenntnis zu den Erneuerbaren Energien bewegen. Einen weiteren Schwerpunkt will die Koalition auf die Steigerung der Energieeffizienz legen. In den letzten 20 Jahren konnte der Energieverbrauch auf diesem Weg bereits um zehn Prozent gesenkt werden.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Feigheit...

Manch einer reagiert auf die schrecklichen Ereignisse in Japan mit verantwortungsvoller Politik, manch einer nutzt sie zur unlauteren Panikmache. Zu welcher Gruppe wohl das Linksbündnis in NRW zählt? Der dortige SPD-Wissenschaftsminister hatte wahrheitswidrig behauptet, im Forschungsreaktor Jülich seien Brennelemente im großen Stil abhanden gekommen. 2.285 Teile seien nicht mehr zu lokalisieren und „allem Anschein nach“ endgelagert worden. Auf Anfrage des zuständigen Bundesumweltministers Norbert Röttgen meldete die NRW-Landesatomaufsicht dagegen prompt: Die Elemente sind exakt lokalisierbar und befinden sich – vorschriftsgemäß – im Zwischenlager des Forschungszentrums. Der verantwortliche SPD-Minister scheut seit der peinlichen Enthüllung die Öffentlichkeit und schickt andere vor: Seine Beamten sollen einen Bericht über den Vorfall erstellen.

..vor dem Freund

Nach ihren verheerenden Niederlagen bei den vergangenen Wahlen befindet sich die Linkspartei in höchster Unruhe. Sowohl in Stuttgart als auch in Mainz verpasste man den Einzug in den Landtag klar. Die erwartbare Personaldiskussion folgte auf dem Fuße. Und tatsächlich: Sofort wurden Rufe nach einer Rückkehr des Rücktritt-Weltmeisters Lafontaine laut. Der Saarländer hält sich zurück, schickte aber andere vor: Gregor Gysi, ebenfalls durch überraschende Rückzieher aus Regierungsämtern bekannt, verlautbarte: „Wenn es eine Notsituation gibt, kann er sich eine Rückkehr vorstellen.“ Konsensfähig scheint das bei den Neo-Kommunisten aber nicht zu sein – im Gegenteil: Die Parteivorsitzende Löttsch giftete gegen ihren Fraktionschef: „Gregor Gysi ist ein hochbegabter Politiker, aber als Pressesprecher von Oskar Lafontaine völlig ungeeignet.“ Warum der sich wohl nicht selbst zu Wort meldete?

Feuerwehrführerschein

Ehrenamt zahlt sich aus

Der Deutsche Bundestag hat die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und damit die Erweiterung des bisherigen Feuerwehrführerscheins beschlossen. Die Gesetzesänderung, die von den christlich-sozialen Abgeordneten initiiert worden war, fand die Unterstützung aller Fraktionen und eine überwältigende Parlamentsmehrheit.

Ehrenamt zahlt sich aus – vor allem, wenn es gilt, mit unermüdlichem Einsatz jeden Tag einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Bürger in Deutschland zu liefern. Genau dies leisten ehrenamtliche Rettungskräfte beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Wasserwacht oder dem Technischen Hilfswerk. Die Anpassung des EU-Führerscheinrechts im Jahr 1999 hatte jedoch dazu geführt, dass ehrenamtlich bei Hilfs- und Rettungsdiensten Tätige keine schweren Einsatzfahrzeuge mehr führen durften, wenn sie über keinen LKW-Führerschein verfügten. Bereits in der vergangenen Wahlperiode griffen die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bun-

destag das Thema auf und erreichten eine Erweiterung der einfachen PKW-Fahrerlaubnis auf Einsatzfahrzeuge mit bis zu 4,75 Tonnen. Dies war die Geburtsstunde des sogenannten Feuerwehrführerscheins. Aufgrund des unermüdlichen Einsatzes der christlich-sozialen Abgeordneten gelang es nun, die bestehende Regelung auf 7,5 Tonnen zu erweitern. Dies trägt auch dem technischen Fortschritt Rechnung: Viele Einsatzfahrzeuge sind heute bereits deutlich schwerer als die bisher erlaubten 4.750 Kilo und werden bei Einsätzen zudem oft mit Anhängern verwendet.

Den neuen Feuerwehrführerschein können alle ehrenamtlich Tätigen der

Feuerwehr, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste erhalten. Insgesamt dürften bundesweit schätzungsweise 16.000 Fahrzeuge betroffen sein. Voraussetzung für den Erhalt ist, dass der Kandidat seit zwei Jahren in Besitz eines Führerscheins der Klasse B ist, von Kollegen in die Führung eines Großfahrzeugs eingewiesen wurde und eine entsprechende Prüfung besteht. Die Neuregelung macht somit nicht nur den kostspieligen Besuch von Fahrschulen überflüssig, sondern fördert auch die Einsatzfähigkeit im Rettungs- und Katastrophenschutz in Deutschland. Schließlich erfordert eine Einsatzbereitschaft rund um die Uhr mindestens fünf Fahrer.

Gesundheitsforschung

Die Forschung ans Bett des Patienten bringen

Am Donnerstagmorgen war das größte Gesundheitsforschungsprogramm der deutschen Geschichte Thema im Bundestags-Plenum. Die Union will schwere Volkskrankheiten noch besser erforschen und Patienten schneller helfen, die Opposition suchte vergeblich nach Kritikpunkten am Regierungsprogramm.

Die unionsgeführte Bundesregierung bringt das größte Gesundheitsforschungsprogramm der deutschen Geschichte auf den Weg. Neben der Erforschung der wichtigsten schweren Volkskrankheiten geht es um die schnellere Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse für die Menschen. Das Hauptgewicht der wissenschaftlichen Arbeit konzentriert sich auf sechs Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung. Zwei davon wurden bereits gegründet, vier weitere folgen nun. Für die Kompetenzbündelung der besten universitären und außeruniversitären Spitzenforscher zum Wohle der Allgemeinheit fließen allein in den kommenden drei Jahren rund 5,5 Milliarden Euro.

Die Redner der Koalition machten schnell klar, worum es ihnen geht: Sie wollen einen großen Wurf sowie eine klar am Menschen und seinen Bedürfnissen orientierte Verbesserung der Gesundheitsforschung in

Deutschland. Mit dem neuen Rahmenprogramm werden die Richtung dafür vorgegeben und wichtige Schwerpunkte gesetzt. Denn was



nutzt es, wenn in den Laboren die größten und wichtigsten Entdeckungen gemacht werden, die dann aber nicht den Weg zum Patienten finden? Die CSU brachte es im Plenum auf den Punkt: Christliche Politik müsse den erkrankten Menschen und seine Nöte in den Mittelpunkt rücken, und genau das geschehe hier: „Wir bringen die Forschung ans Bett des Patienten.“

Die Opposition lieferte – wenn gleich unabsichtlich – den besten Beleg für die hohe Qualität des Rahmenprogramms. Fast jeder Redner von SPD, Grünen und Linken sah sich genötigt, die Anstrengungen der Bundesregierung grundsätzlich zu loben. Das Programm benenne „viele wichtige Punkte“, es sei „sinnvoll“ und „prinzipiell positiv zu bewerten“. Auf der angestregten Suche nach Kritikpunkten musste sich Rot-Rot-Grün auf thematische Nebenkriegsschauplätze zurückziehen, was schwer zu verbergen war. So fiel die Reaktion auf das wortklaubende „Wünsch Dir was“ der Opposition entsprechend eindeutig aus: Unter kräftigem Applaus mahnten Redner der Koalition an, sich nicht in Kleinigkeiten und Parteitaktik zu verlieren, sondern den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung beweist, dass die unionsgeführte Bundesregierung solchen Worten Taten folgen lässt.